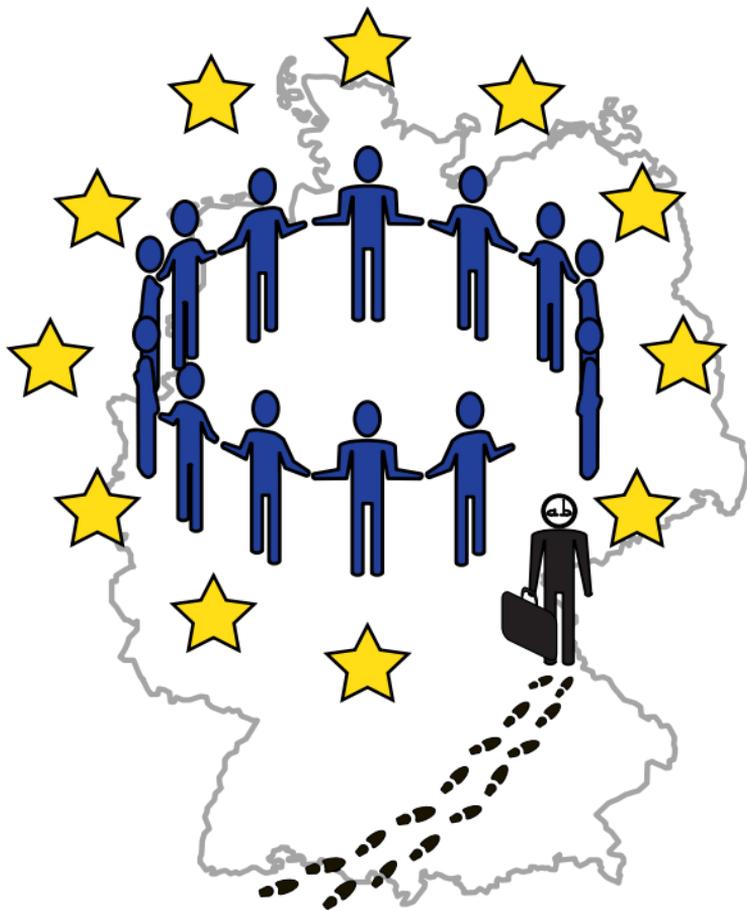


9 ARGUMENTE FÜR EIN BLEIBERECHT DER KOSOVO - ROMA



Seit dem Rückübernahmeabkommen sind langjährig geduldete Flüchtlinge aus dem Kosovo akut von Abschiebung bedroht. Wir präsentieren Ihnen neun Argumente die gegen die Abschiebung und für eine gesicherte Aufenthaltsperspektive von Roma in Deutschland sprechen.

1. Verletzung von Menschenrechten



Die Rückführungen von Minderheitenangehörigen widersprechen dem Übereinkommen der Bundesregierung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Die Roma sind im Kosovo Diskriminierungen auf den Behörden, in den Schulen, im Gesundheitssystem und auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Aufgrund mangelnder Wohnunterkünfte müssen sie z.T. auf bleiverseuchtem Gebiet wohnen. Hinzu kommt, dass bei Abschiebungen oft Familien getrennt werden, weil beispielsweise volljährige Kinder bleiben dürfen aber ihre Eltern und Geschwister gezwungen werden Deutschland zu verlassen.

2. Sicherheitspolitische Mängel



Minderheitenangehörige erfahren nur ungenügenden Schutz durch Polizei und Justiz im Kosovo.

Übergriffe gegen Minderheitenangehörige sind im Kosovo nach wie vor nicht ausgeschlossen. Die Behörden zeigen sich in vielen Fällen uninteressiert oder nicht in der Lage, ethnisch motivierte Straf- oder Gewalttaten zu verfolgen. Aus Angst vor Racheakten vermeiden es die Angegriffenen deshalb in vielen Fällen, überhaupt Anzeige zu erstatten.

3. Ökonomische Instabilität



Die Rückkehrer erwartet eine unsichere wirtschaftliche Lage im Kosovo.

Kosovo hat nach wie vor keine auch nur annähernd funktionierende Infrastruktur. Ein Großteil der Wirtschaft basiert auf dem informellen Sektor oder Schwarzmarktgeschäften. Durch die Rückführung von Flüchtlingen würde die ökonomische Konsolidierung der Region weiter nachhaltig geschädigt werden.



4. Problematische soziale Situation



Eine erfolgreiche Integration wird durch Armut, Arbeitslosigkeit und einen erschwerten Bildungszugang verhindert. Eine angemessene medizinische Versorgung ist im Kosovo unmöglich.

Die Arbeitslosigkeit unter den Roma im liegt bei nahezu 100 Prozent, wobei auch die offizielle Arbeitslosigkeit im Kosovo bereits bei 40 Prozent liegt. Die Sozialhilfe wird nur in Ausnahmefällen gewährt und reicht für die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen nicht aus. Die medizinische Versorgung im Kosovo ist absolut unzureichend. Aufgrund der allgemeinen Armut sind Kinder in vielen Fällen darauf verwiesen die Schule abzubrechen, um im informellen Sektor zum Familienunterhalt beizutragen. Die Rückführung von Flüchtlingen aus Westeuropa ist unter diesen Umständen unverantwortlich.

5. Verlust rechtlicher Ansprüche aufgrund fehlender Dokumente



Aufgrund fehlender Papiere und Dokumente bleibt den Rückkehrern der Zugang zu Sozialleistungen, Schulbildung und Grundstückseigentum verwehrt.

Geburtsurkunden, Grundbuchregister oder Schulzeugnisse können in vielen Fällen von den Mitgliedern der Roma-Gemeinschaft nicht vorgewiesen werden, weil sie entweder nie ausgestellt wurden, im Krieg verloren gingen oder bei der Abschiebung in Deutschland vergessen worden. So können sich die Roma im Kosovo nicht registrieren, finden keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, den Sozialsystemen und zur Schulausbildung. Einen Anspruch auf früheres Grundeigentum können sie nicht einfordern. Durch die Abschiebung werden viele von ihnen de facto zu Staatenlosen.

6. Integration in Deutschland



Die Integration der Roma-Flüchtlinge liegt im Interesse der humanitären Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

Bei der Integration von Migranten sieht sich die Bundesrepublik offiziell auch in einer humanitären Verantwortung. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden und die Grundlage geschaffen werden, dass Flüchtlinge in Sicherheit hier leben können. Um selbstverantwortlich ihr Leben zu gestalten brauchen sie einen sicheren Aufenthaltsstatus und einen Zugang zu den Bildungssystemen, zum Arbeitsmarkt und zu den im Integrationsprogramm vorgesehenen Fortbildungsmaßnahmen.

7. Antiziganismus



Vorurteile und die daraus resultierende Diskriminierung werden durch die offizielle Behandlung der Roma-Flüchtlinge durch die Bundesrepublik Deutschland aufrecht erhalten.

Die Ausgrenzung und Verfolgung, denen Roma nach wie vor in vielen Ländern Europas ausgesetzt sind, stehen im Gegensatz zu den Zielen der europäischen Union, seine größte Minderheit nachhaltig zu integrieren. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung stehen dazu geradezu im Widerspruch. Statt durch temporäre Aufenthaltsberechtigungen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt und zum gesellschaftlichen Leben erschweren und durch Rückführungen in ein Land, in denen ihnen jegliche Lebensgrundlage abhanden kommt, sollte Deutschland den Roma einen gesicherten Aufenthalt und eine damit verbundene Lebensperspektive zugestehen.

8. Historische Verantwortung



Die Bundesrepublik steht nach dem Genozid während des Nationalsozialismus in historischer Verantwortung gegenüber den Sinti und Roma in Europa. Dieser gerecht zu werden, entspräche im akuten Fall die vorbehaltlose Sicherstellung einer Aufenthalts- und Lebensperspektive in Deutschland.

Der Genozid an den europäischen Roma fand auch in den Balkanländern statt, wo viele von ihnen als Geiseln oder angebliche Partisanen erschossen wurden. Nach 1949 hat sich Deutschland zu seiner historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus bekannt. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, wäre es aktuell geboten, den Roma aus den Balkanländern eine gesicherte Aufenthaltsperspektive einzuräumen. Dass solche Maßnahmen durchaus möglich sind, hat das Beispiel der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion bewiesen.

9. Zukunftsperspektive für Kinder



Die dargestellten Umstände wirken sich besonders negativ auf Kinder und Jugendliche aus, welche nach Angaben der Bundesregierung bis zu 50% der Ausreisepflichtigen darstellen.

Im Kosovo erwartet diese Kinder ein Leben in Armut und Isolation. Erfolgreich begonnene Bildungskarrieren von in Deutschland geborenen und deutsch sprechenden Kindern müssen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse in der albanischen oder serbischen Sprache abgebrochen werden. Dies steht im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention die einzuhalten sich die Bundesrepublik verpflichtet hat.

Mehr Informationen findet Ihr auf:
www.alle-bleiben.info

oder meldet euch bei:
kontakt@alle-bleiben.info

Eine ausführliche Version dieser
9 Argumente findet ihr auf:
www.alle-bleiben.info/neun.htm



Roma Center
Projekt Roma Center Göttingen e.V.



(V.i.S.d.P.)
Projekt Roma Center Göttingen e.V.
Haus der Kulturen
Hagenweg 2e
37081 Göttingen